

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/85

6. Mai 1975

Kein Zurück zum alten Nationalstaat

25 Jahre Robert-Schuman-Erklärung zur Einigung Europas

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied
des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Strauß nimmt Kohl in den Clinch

CSU-bestimmtes Sachprogramm soll die CDU "einbinden"

Seite 3 / 38 Zeilen

Die Vorteile des NV-Vertrages nutzen!

Zur geplanten deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit
in der Kernenergie

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie,
Forschung und Technologie im Europäischen Parlament

Seite 4 und 5 / 72 Zeilen

Rechtsüchtig und machtbesessen

Die CSU drangsaliert die Bayern-FDP

Seite 6 / 30 Zeilen

Willi Sander zum 80. Geburtstag

Dank an einen verdienten Sozialdemokraten

Von Gerhard Jahn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 7 / 32 Zeilen

Chf-Redakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 130 428
Fremdenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 02 88 546 - 45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Kein Zurück zum alten Nationalstaat

25 Jahre Robert-Schuman-Erklärung zur Einigung Europas

Von Herbert Wahner MdB

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 9. Mai 1950 verkündete der französische Außenminister Robert Schuman folgende zukunftsweisende Gedanken: "Europa läßt sich nicht mit einem Schlege herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung; Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der jahrhundertealte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht."

Dieser genial einfache und damals zugleich kühne Vorschlag war von bahnbrechender Bedeutung für die Einigung Europas und für die Beseitigung des deutsch-französischen Gegensatzes. Schon zehn Monate nach dieser Erklärung konnte ein Vertrag, an dem sich neben Deutschland und Frankreich auch Italien und die Benelux-Länder beteiligten, ausgearbeitet werden und am 10. August 1952 konnte die Hohe Behörde in Luxemburg unter Leitung Jean Monnets ihre Arbeit aufnehmen. Daß Jean Monnet mit dieser Aufgabe betraut wurde, war kein Zufall, denn er war es gewesen, der mit seinem Memorandum vom 3. Mai 1950 den entscheidenden Anstoß für den Schuman-Plan gegeben hatte.

Die SPD nahm damals eine distanzierte Haltung zu dem Plan, aber nicht zu seinen Gedanken als solchen ein. Kurt Schumacher hatte im März 1950 im Bundestag eindringlich begründet, daß die SPD darauf dränge, "Anfänge zu schaffen in der gegenseitigen wirtschaftlichen Berücksichtigung der Interessen Frankreichs und Deutschlands durch direkte Fühlungnahme"; er hatte betont: "Ich rede hier einer Initiative zu Verhandlungen mit Frankreich speziell auf wirtschaftspolitischem Gebiet das Wort. Verhandlungen, die größer sind und tiefer gehen als das, was Handelsvertragsabkommen hervorbringen können, die einen französisch-deutschen Freundschaftsvertrag bringen." Kurt Schumacher wollte weder die besondere Lage des getrennten Deutschland noch die damals noch ungelöste Saarfrage unberücksichtigt lassen.

In der Praxis der Gemeinschaftsarbeit aber erwiesen sich die deutschen Sozialdemokraten als konsequente und zuverlässige Befürworter der europäischen Integration.

Nach einem verheißungsvollen Beginn der europäischen Integration und nach der Begründung der auf den Römischen Verträgen fußenden Europäischen Gemeinschaft in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, die inzwischen seit dem Signal, das 1969 von der Konferenz in Den Haag ausging, von sechs auf neun Mitgliedsländer erweitert werden konnte, sind in den letzten Jahren bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaft Schwierigkeiten in Erscheinung getreten. Die Auswirkungen internationaler Währungsturbulenzen sowie die Ausstrahlung der weltweiten Rohstoff- und Energiekrise haben gegebene Wachstumsschwierigkeiten vergrößert. Anfängliche Begeisterung der Völker der Gemeinschaft ist einer nüchternen Betrachtung gewichen.

25 Jahre nach der Erklärung Robert Schumans wird es kein Zurück zur alten Nationalstaatlichkeit, sondern nur - Schritt für Schritt - ein Vorwärts zur Europäischen Union geben können. Die nationalen Entscheidungen im wirtschaftlichen Bereich bedürfen der besseren Abstimmung aufeinander und parallel dazu gehört der weitere Ausbau der gemeinschaftlichen Befugnisse.

Zu den vorrangigen Aufgaben gehört die Stärkung des Europäischen Parlaments. Damit die Europäische Gemeinschaft nicht zu einer "bloßen Hülle" für Kabinettdiplomatie wird, muß demokratische Kontrolle in ihr stark wirksam werden. Von einem wirklichen Europäischen Parlament wird erst gesprochen werden können, wenn ihm ein tatsächliches Haushaltsrecht, eine Erweiterung seiner Befugnisse sowie die Direktwahl seiner Mitglieder zuteil werden. Direktwahlen in allen Mitgliedsstaaten werden ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung sein und bilden eine wichtige Voraussetzung, um die Kompetenzen der leitenden Organe der Gemeinschaft erweitern zu können.

25 Jahre nach der dankwürdigen Erklärung Robert Schumans ist es notwendig, die demokratische Autorität des Europäischen Parlaments zu erhöhen und auf diesem Wege zur Europäischen Union voranzukommen. Zu den wichtigen, in der Europäischen Gemeinschaft bisher vernachlässigten Aufgaben gehört die Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik. Die Ansätze dazu sind in den Parteien, mit denen die SPD im Bund innerhalb der Staaten der Europäischen Gemeinschaft zusammenwirkt, diskutiert worden. Die Praxis hat noch keine Gestalt angenommen. Heute ist es nicht nur eine in den einzelnen Ländern zu bewältigende innenpolitische, sondern eine europäische Aufgabe geworden, den Freiheitsraum für die wirksame Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen zu sichern und systematisch zu erweitern. In allen Ländern unserer Gemeinschaft muß sich der arbeitende Mensch gleichermaßen sicher und geborgen fühlen.

(-/6.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Strauß nimmt Kohl in den Clinch

CSU-bestimmtes Sachprogramm soll die CDU "einbinden"

Der Kampf wird zurzeit zwar auf der Ebene der Generalsekretäre ausgetragen, aber es kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß die Auseinandersetzung, die sich jetzt immer öffentlicher zwischen den beiden Unions-Parteien abspielt, tatsächlich durch den nunmehr ganz massiven Versuch des CSU-Vorsitzenden selbst angeheizt wird, die Unions-internen Bemühungen um die Benennung eines Kanzlerkandidaten und die Festlegung eines gemeinsamen CDU/CSU-Sachprogramms so in den Griff zu bekommen, daß die Schlußentscheidung in München gefällt wird. Dabei kommt es Strauß vor allem darauf an, die "Schweaterpartei" auf ein Sachprogramm zu vergattern, das eindeutig den konservativen Wünschen und Forderungen der CSU entspricht, so daß alle "linkslastigen" Bestrebungen etwa aus dem Lager der Sozialausschüsse und der Jungen Union oder der eher mittellinks tendierenden Führungsmitglieder der CDU rechtzeitig eliminiert werden.

Der Terminplan, den Strauß und sein Generalsekretär Gerald Tandler in der festen Erwartung auf den Tisch gelegt haben, daß er vom Bonner Konrad-Adenauer-Haus so auch akzeptiert wird, entspricht der nicht mehr verheimlichten Absicht, den CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl in den Clinch zu nehmen. Gewiß ist damit zu rechnen, daß die Tandler-Rufe nach einer Berücksichtigung von Strauß als Kanzlerkandidaten in der nächsten Zeit immer drängender wiederholt werden, schon um das reichlich naive Spiel des CDU-Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf mit dem Versuch einer Vorwegfestlegung Kohls als Kanzlerkandidat nicht ohne Antwort zu lassen und möglicherweise sogar zu konterkarieren.

Aber das Hauptanliegen von Strauß und der von ihm straff geführten CSU ist und bleibt doch vornehmlich die Einbindung der CDU in das "gemeinsame" Sachprogramm, das die Veterechaft der CSU in jeder Zeile erkennen läßt. Gelingt es Strauß, dieses strategische Ziel durchzusetzen - und man kann fest einkalkulieren, daß der CSU-Führung schon genügend Pressionsmittel einfallen werden -, dann wird die Frage, wer nun wirklich am Ende zum Kanzlerkandidaten gekürt wird, mehr oder weniger zweitrangig, wenn es auch gewiß ist, daß die Tandler-Trommelei "Strauß als Kanzlerkandidaten" den offenen Wünschen des CSU-Vorsitzenden voll und ganz Rechnung trägt.

Die CDU wird also sehr aufpassen müssen, daß sie nicht völlig überfahren wird. Die Münchner Strauß-Maschine steht unter Volldampf. Und der CSU-Vorsitzende weiß, daß 1967 seine letzte Chance ist.

(ee/6.5.1975/ks/ee)

+ + +

Die Vorteile des NV-Vertrages nutzen I

Zur geplanten deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit in der Kernenergie

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie
im Europäischen Parlament

Gerade rechtzeitig vor Eröffnung der Genfer Revisionskonferenz für den Atomwaffen-Sperrvertrag (NV-Vertrag) hat das Bundeskabinett einem Abkommen mit Brasilien zugestimmt, das die Grundlage für eine weitgehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie sein soll. Damit hat die Bundesregierung deutlich gemacht, daß sie nicht nur bereit ist, die empfindlichen Einschränkungen und Kontrollen des NV-Vertrages hinzunehmen, sondern daß sie auch darauf besteht, die Vorteile des Vertrages in Anspruch zu nehmen. Schließlich heißt es dort im Artikel IV, dieser Vertrag sei nicht so auszulegen, als werde dadurch das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien beeinträchtigt, die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln. Voraussetzung für einen Austausch von Fachkenntnissen oder von spaltbarem Material mit einem Nichtkernwaffenstaat ist lediglich dessen Bereitschaft, sich den erforderlichen Sicherungsmaßnahmen nach dem NV-Vertrag zu unterwerfen.

Brasilien könnte ein Testfeld für die Anwendung jener Artikel sein. Dieser große südamerikanische Staat verfügt einerseits selbst über Natururan und hat den Willen, eine eigene unabhängige Kernkraftwerksindustrie einschließlich des dafür benötigten Brennstoffkreislaufs zu errichten. Brasilien ist andererseits eine jener Schwellenmächte, die den NV-Vertrag nicht unterzeichnet haben, jetzt jedoch bereit sind, sich den Kontrollen durch die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEO) in Wien zu unterwerfen.

Ne also, könnte man jetzt sagen, denn ist ja alles klar: Die Bundesrepublik und ihre hochentwickelte kerntechnische Industrie liefern die gewünschten acht Leichtwasser-Reaktoren einschließlich der Fachkenntnisse für die Errichtung von Urananreicherungsanlagen, Brennelemente-Fabriken, Wieder-

aufarbeitungsanlagen und Lagerstätten für Atommüll. Brasilien schickt uns im Gegenzug Natururan und eröffnet durch die Entsendung von lernbegierigen Wissenschaftlern und Technikern und von kooperationswilligen Wirtschaftlern in die Bundesrepublik ein neues Feld der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet einer wichtigen Zukunftstechnologie.

Offensichtlich ist aber nicht alles klar. Den Riesenmarkt Brasilien und das am Horizont winkende Zehn-Milliarden-Geschäft haben auch andere Industrienationen entdeckt. Hinter den Kulissen ist längst ein Tauziehen im Gange. Der unvoreingenommene Beobachter fragt sich bange, ob dabei die Spielregeln eines fairen Wettbewerbes auch immer eingehalten werden. Als Partner Brasiliens kämen neben der Bundesrepublik insbesondere die USA und Frankreich, in gewisser Hinsicht Großbritannien und Japan und nicht zuletzt auch Kanada in Frage. Wenn es nämlich mit dem Aufbau einer Leichtwasserreaktor-Industrie in Brasilien nicht klappen sollte, dann könnte Brasilien unter Umständen seinen Reserviplan aus der Schublade ziehen und statt dessen eine Natururan-Reaktor-Industrie aufziehen, die zwar wegen des dafür benötigten schweren Wassers teuer wäre, beim Brennstoffkreislauf aber dafür weniger Probleme aufwerfen würde. Doch die Brasilianer geben deutlich zu erkennen, daß ihnen eine Zusammenarbeit mit der bundesrepublikanischen Kernindustrie am liebsten wäre. Fest steht jedenfalls, daß die brasilianische Regierung entschlossen ist, ein eigenes Kernenergie-Programm zu verwirklichen.

Bisher haben die Nordamerikaner wenig Begeisterung für die Förderung einer eigenständigen Nuklear-Technologie in Südamerika gezeigt. Sie würden es wahrscheinlich lieber sehen, wenn die Brasilianer keine eigene Kernindustrie als zusätzliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufbauten, sondern lieber ihre Kernkraftwerke und ihre Brennelemente in den USA kauften. Dafür wären die USA sicherlich bereit, besonders günstige finanzielle Bedingungen zu gewähren. Brasilien aber legt Wert auf Unabhängigkeit. Die Tatsache, daß die Amerikaner im Vorjahren bereits unterzeichnete Verträge für die Anreicherung von Uran plötzlich suspendierten, steckt ihnen offensichtlich genauso wie der Schock der Ölkrise tief in den Knochen. Die Bundesrepublik, ausgestattet mit erheblichem technischen Know-how und einem funktionierenden 1.300 Megawatt-Kernkraftwerk in Biblis, ist ihrerseits bereit, Brasilien beim Aufbau eines gesamten Nuklear-Systems zu helfen. Damit ist sie für die Südamerikaner nicht zuletzt auch deshalb ein idealer Partner, weil sie aus verständlichen Gründen an langfristig sicheren Bezugsquellen für Natururan interessiert ist.

Jetzt kann man nur hoffen, daß die vom Kabinett beschlossene Vertragsunterzeichnung mit Brasilien recht bald zustandekommt und daß es den deutschen Diplomaten und ihren Freunden in der EURATOM-Behörde, die auch ein Wort mitzureden hat, in Genf gelingen möge, alle Einwände möglicher Konkurrenten vom Tisch zu wischen. Das Inkrafttreten des deutsch-brasilianischen Zusammenarbeits-Abkommens wäre ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen in unserem Lande und zugleich ein Musterbeispiel für eine Entwicklungshilfe, die langfristig gesehen das Entwicklungsland auf eigene Beine stellt.

(-/6.5.1975/ks/pr)

+ + +

Rachsüchtig und machtbesessen

Die CSU drangsaliert die Bayern-FDP

Die Rechte der parlamentarischen Minderheit sind der CDU/CSU immer dann heilig, wenn sie selbst in der Opposition ist. Auch bei feierlichen Anlässen erinnert sie gern an das Wechselspiel zwischen Opposition und Regierung. Regiert sie aber selbst, vergißt sie sich nur allzu leicht in Machtbesessenheit.

Als Bayerns Christsoziale am 27. Oktober des vergangenen Jahres ihr bisher höchstes Stimmenergebnis erzielten, warnte ihr Vorsitzender in seltener Einsichtigkeit zwar vor Überheblichkeit, in der Praxis aber konnte oder wollte er den Übermut der CSU-Parlamentarier nicht bremsen. So ist die Verweigerung des Fraktionsstatus für die FDP nicht nur Rache für den gegen die CSU geführten Wahlkampf und Strafe für die konstruktive Zusammenarbeit der Freien Demokraten mit den Sozialdemokraten in Bonn; sie ist darüberhinaus ein bedenklicher Anschlag gegen die Institution der Opposition überhaupt. Die CSU mißbraucht ihre Zweidrittel-Mehrheit, um einen Teil der Opposition daran zu hindern, seine verfassungsmäßige Aufgabe wahrzunehmen.

Zwar hat sich die CSU nach einem halben Jahr wenigstens dazu durchgerungen, der acht Mann starken FDP eine finanzielle Basis zur Führung ihrer Geschäftsstelle einzuräumen und ihr die bisher verwehrte Mitarbeit in den größeren Landtagsausschüssen zu ermöglichen. Zu einer Änderung der Geschäftsordnung hinsichtlich des Fraktionsstatus (er ist an mindestens zehn Abgeordnete gebunden) ist sie jedoch nicht bereit. Und das, obwohl es der FDP gelungen ist, die wahlrechtlich bestehende Sperrklausel von fünf vH zu überspringen und damit einen klaren Wählerauftrag zu erhalten.

In ihrer kleinkarierten Rachsucht verhindert die CSU damit selbstverständlich parlamentarische Rechte wie das Einbringen einer Interpellation oder das Verlangen einer aktuellen Stunde. Das monatelange Geringel um Geld und Mitarbeit in den Ausschüssen sowie die Verweigerung des Fraktionsstatus beweisen, daß es der CSU an den Grundbegriffen einer staatsmännlichen Besinnung fehlt. (ib/6.5.1975/ka/pr)

+ + +

Willi Sander zum 80. Geburtstag

Dank an einen verdienten Sozialdemokraten

Von Gerhard Jahn MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Am 6. Mai wurde Willi Sander, der langjährige Leiter des Büros der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 80 Jahre alt. Seine Freunde und die ganze SPD-Fraktion wünschen dem getreuen Sozialdemokraten zu diesem Ehrentag herzlich alles Gute.

Willi Sander gehört zu jener Generation von Sozialdemokraten, die durch viele Jahrzehnte hindurch den Weg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geprägt und bestimmt haben. 1909 trat er mit 14 Jahren der SAJ bei, und 1910 wurde er Mitglied der SPD, der er also jetzt 65 Jahre angehört. Weitere politische Stationen seines Lebensweges waren seine Tätigkeiten als Geschäftsführer und Bevollmächtigter im Deutschen Metallarbeiterverband, als Parteisekretär in Dresden und als Mitglied des Stadtrates in Dresden.

Am 1. Mai 1933 wurde Willi Sander durch die SA verhaftet, einige Wochen später gelang ihm die Flucht in die Tschecoslowakei. Er wurde Sekretär der sozialdemokratischen Flüchtlingshelfer und arbeitete schließlich 1946 in London als Vertreter der SPD. Nach seiner Rückkehr wurde er im September 1949 Sekretär bei der SPD-Fraktion und bekleidete dieses Amt unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, bis er 1962 in den Ruhestand trat. Daneben hatte der unermüdliche Streiter eine Vielzahl von Ehrenämtern in der Partei, der er sich Zeit seines Lebens mit Rat und Tat verpflichtet fühlte.

Willi Sanders war wohl immer so, wie wir ihn nach 1945 in seiner Arbeit in der Bundestagsfraktion kennenlernten: still, zurückhaltend und unauffällig diente er seiner Partei. Die Betreuung der Abgeordneten und der Mitarbeiter der Fraktion war seine tägliche Arbeit. Wenn alles wie am Schnürchen klappte, dann spürte nur derjenige, der sich ein wenig umseh, die ordnende und führende Hand Willi Sanders. Die Arbeit einer großen Fraktion hängt davon ab, daß es solch ordnende Hände gibt. Nicht nur darum geht es, daß der bürokratische Betrieb läuft, sondern auch darum, daß die politische Leistungsfähigkeit erhalten bleibt. Dazu braucht man keine Manager, sondern politische, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zutiefst verbundene Menschen. Willi Sander hat das gezeigt. Wir denken ihm und wünschen ihm noch viele gute Jahre. (-/6.5.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller